

Bildung für alle

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von LINKS-KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.03.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für

- konsequenten Ausbau ganztägiger Kindergärten,
- gemeinsame ganztägige Pflichtschule der 6 bis 15-Jährigen,
- konsequente Inklusion auf allen Ebenen,
- kostenlose Nutzung aller Bildungseinrichtungen und deren Angebote – einschließlich der Nachmittagsbetreuung und des Schulessens,
- eine Kindergrundsicherung für alle Familien,
- Finanzierung durch Umverteilung von Reichtum zugunsten eines sozial gerechten Bildungssystems für alle

aus.

Begründung

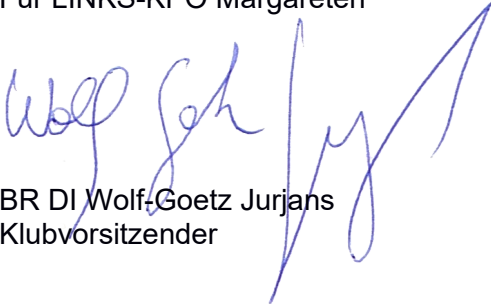
- Bildung beginnt im Kindergarten. Der bundesweite Ausbau von ganztägigen Kindergärten, in denen das Recht auf Inklusion und Elementarbildung für alle verwirklicht wird, bessere Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen und unterstützendes Personal und eine ihrer qualifizierten Tätigkeit entsprechende Bezahlung sind daher notwendig.
- Eine gemeinsame ganztägige Pflichtschule der 6-15-Jährigen verhindert die frühe Aufspaltung der Kinder in Mittelschule und AHS-Unterstufe. Der permanente Notendruck, der Schüler:innen und ihre Familien – dort insbesondere Frauen – belastet, soll durch individuelle Förderung, soziale Integration und Inklusion ersetzt werden.
- Eine gemeinsame Schule für alle bedeutet insbesondere auch konsequente Inklusion auf allen Ebenen.
- Damit die überfällige Verwirklichung des Menschenrechts auf Inklusion verwirklicht werden kann sind ein entsprechendes geschultes Personal und baulich geeignete Schulgebäuden und Klassenräumen für alle Schüler:innen notwendig
- Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entlastung der Pädagog:innen und der Schulleitungen durch die Stärkung multiprofessioneller Teams soll umgesetzt werden. Das bedeutet die Einstellung von mehr Pädagog:innen, aber auch u.a. von mehr Schul- und Sozialpädagog:innen, Psycholog:innen und von zusätzlichem Verwaltungspersonal.

- Weil Bildungspolitik Sozialpolitik ist, müssen Bildungsmaßnahmen die Aufgabe des Staats bleiben und nicht von privaten Kapitalgesellschaften übernommen werden.
- Weil eine Kindergrundsicherung die Voraussetzung für das Wissen der nächsten Generationen ist.
- Finanzierung durch Umverteilung von Reichtum zugunsten eines sozial gerechten Bildungssystems für alle.

In Margareten gibt es reichere und wirtschaftlich schwächere Grätzl-Bewohner:innen.

Margareten: 68,1 Prozent der Erstklässler sind außerordentliche Schüler, davon sind 57,9 Prozent hier geboren und 72,6 Prozent waren mindestens 2 Jahre im Kindergarten

Für LINKS-KPÖ Margareten



BR DI Wolf-Goetz Jurjans
Klubvorsitzender



BRin Claudia Krieglsteiner MSc